

# Kritiken des Rechts

Die *Kritische Justiz* besitzt heute nicht mehr das Monopol auf Rechtskritik im deutschsprachigen Raum. Dies ist Ausdruck einer Ausdifferenzierung und Verbreiterung des kritischen Diskurses, welcher gleichermaßen die Vielfältigkeit sozialer Bewegungen als auch den Umstand zum Ausdruck bringt, dass gesellschaftskritische Perspektiven im Recht zu seinem festen Bestandteil geworden sind. Wir wollen dies unterstreichen, indem wir das Selbstverständnis von vier maßgeblichen Zeitschriften im Folgenden abdrucken. [*Die Red. d. Sonderheftes*]

## 1. STREIT – feministische Rechtszeitschrift Sibylla Flügge

Feministische Rechtspolitik und Rechtswissenschaft entstand aus der Frauenbewegung heraus in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Kontext feministischer Projekte, die sich gegen die Reglementierung des weiblichen Körpers zum Beispiel durch das Abtreibungsverbot, gegen Gewalt gegen Frauen und gegen den Ausschluss von Frauen aus vielen Berufen und gesellschaftlichen Machtpositionen richteten. Als 1978 die ersten feministischen Anwältinnenbüros entstanden, gab es sofort die Notwendigkeit der Vernetzung, um die große Zahl der juristischen Fragestellungen, die im Studium kein Thema gewesen waren und für die es auch keine Fachliteratur gab, miteinander zu besprechen, innovative Argumentationsstrategien und rechtspolitische Forderungen zu entwickeln.

Aus diesen »Jurafrauentreffen« heraus, die seit 1985 jährlich als »Feministischer Juristinnentag« an wechselnden Orten von wechselnden Vorbereitungsgruppen organisiert stattfinden und zur Vernetzung feministischer Juristinnen ebenso beitragen wie zur Weiterentwicklung rechtspolitischer und rechtstheoretischer Positionen, entstand die Idee, eine eigene Fachzeitschrift zu gründen.

Im Editorial von Heft 1/1983 hieß es: »Die mageren Zeiten sind vorbei; endlich haben wir uns unser eigenes Forum geschaffen: STREIT! Feministische Rechtszeitschrift! Keine zermürenden Auseinandersetzungen mehr bei dem Versuch, frauenorientierte Ansätze in kritischen und unkritischen juristischen Zeitschriften unterzubringen. Keine männliche Zensur unserer unjuristischen, unwissenschaftlichen und für die Allgemeinheit uninteressanten Minderheitenpositionen mehr.«

An der Organisationsform als autonomes feministisches Projekt – lediglich der Vertrieb wird vom FH-Verlag in Frankfurt am Main übernommen – hat sich seither ebenso wenig geändert, wie am Erscheinungsbild, das die Sachlichkeit einer auch in der Fachwelt ernstzunehmenden Fachzeitschrift durch Bilder von Künstlerinnen verschönt. Damit wurde der Anspruch erhoben, aktiv auf die Rechtspolitik einzuwirken.

So wurden durch die Publikation von Urteilen, die die Rechtspositionen von Frauen stärken, innovative Auslegungsmöglichkeiten bestehender Gesetze bekannt gemacht und durchgesetzt. Zum Beispiel findet sich in STREIT der erste Beschluss eines Familiengerichts, mit dem 1992 eine »go-order« ausgesprochen wurde. Dieses aus dem angelsächsischen Raum übernommene Instrument fand 10 Jahre später Eingang in das Gewaltschutzgesetz. 1990 wurde z.B. das

erste Urteil gegen einen Psychotherapeuten publiziert, der sich sexueller Übergriffe gegen seine Klientin schuldig gemacht hatte. Es ist dies ein Beispiel, wie Ergebnisse feministischer sozialwissenschaftlicher Forschung durch feministische Rechtsanwältinnen in den juristischen Diskurs eingebracht wurden. Blättert man durch die 25 Jahrgänge der STREIT, so wird deutlich, dass feministische Rechtswissenschaft im Bereich des Gewaltschutzes, sei es im Strafrecht, im Familienrecht, oder im Ausländer/innen- und Asylrecht, weitgehende Erfolge zu verzeichnen hatte. Grundlegende Verbesserungen der Rechtsstellung von Frauen bilden sich auch im Arbeits- und Sozialrecht ab, wobei die Erfolge hier stärker auf Aktivitäten der EU zurück zu führen sind. Diskussionen im Familienrecht sind dagegen seit Gründung der STREIT eher durch Abwehrkämpfe gegen erstarkende »vaterrechtliche« Tendenzen gekennzeichnet. Neben diesen unmittelbar rechtspolitisch wirksamen Diskursen werden in STREIT immer auch grundsätzlichere Überlegungen zu einer Überwindung patriarchaler und heteronormativer Strukturen im Recht zur Diskussion gestellt. Viele dieser Diskurse sprengen den Rahmen des nationalen Rechts und öffnen eine globale Perspektive.

## 2. Recht als Gegenstand sozialer Kämpfe: juridikum – ein kritisches Publikationsprojekt in Österreich<sup>1</sup>

Lukas Oberndorfer

Das juridikum, zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft, erscheint seit 1989 vierteljährlich in Österreich. Ein Vergleich mit der Kritischen Justiz fördert schnell einige Unterschiede zu Tage, am augenfälligsten erscheint in einer Jubiläumsausgabe wohl der historische Zeitpunkt der Gründung der beiden Zeitschriftenprojekte. Gleichzeitig werden aber auch Gemeinsamkeiten sichtbar. So entstanden die beiden Projekte als Ausdruck und vor dem Hintergrund sozialer Bewegungen.

Der Uni-Streik 1987, in dem nicht nur die Verschlechterung der Position der Studierenden, sondern allgemein die erste Welle der neoliberalen Restrukturierung des Sozialen thematisiert wurde, führte auch an der Wiener rechtswissenschaftlichen Fakultät zu einer Politisierung der Studierenden, die letztlich in das Projekt einer fortschrittlichen Rechtszeitschrift mündete. Nicht nur Lehr-/Forschungsinhalte und die Rechtspraxis waren Gegenstand der Kritik, sondern auch die Rechtsform an sich. Auch wenn der heutige Anspruch den damaligen Fragestellungen noch weitgehend gleicht, haben sich – nicht nur die gesamtgesellschaftlichen – Rahmenbedingungen wesentlich verändert. Die persönlich-berufliche Entwicklung hat zu einer Verankerung der Redaktionsmitglieder im Rechtssystem geführt (Justiz, Anwaltschaft, Rechtswissenschaftliche Fakultäten) und 2000 eine Professionalisierung der Zeitschrift notwendig gemacht. Mittlerweile ist das juridikum österreichweit verbreitet und erreicht, gemessen an Auflage und AbonnentInnen, im Vergleich zu den Fachzeitschriften des juristischen Mainstreams eine mittlere Größe.

<sup>1</sup> Für Lektüre und kritische Anmerkungen danke ich Ines Rössl, Judith Schacherreiter, Matthias C. Kettemann und Joachim Stern.